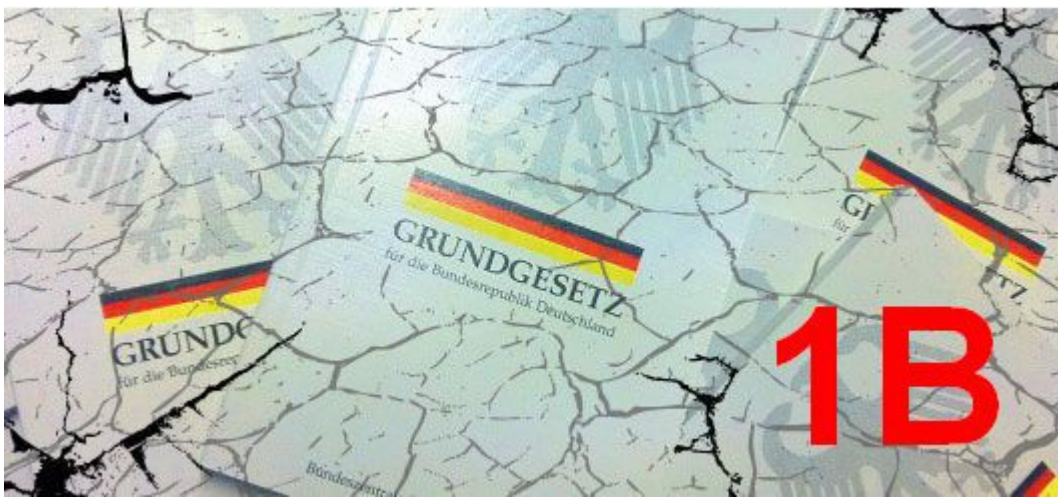


# Countdown - Das Vertrauen in den Rechtsstaat (1B)

Verfasser: Uwe Knietzsch, Grüna



Ist der Rechtsstaat kein effektiver Rechtsstaat, dann löst sich die grundgesetzlich garantierte Ordnung auf.  
Bild: Bild: Marko Schober (mit freundlicher Genehmigung für DPFW)

**Grüna [DPFW] Der Rechtsstaat ist durch das Grundgesetz Artikel 20 deutlich besser geschützt als alle anderen Bürgerrechte. Wenn das wirklich so ist und alle Menschen vor dem Gesetz und dem Gericht wirklich gleich sind, dann ist es doch zwingend notwendig, dass den Menschen diese Rechte auch zugestanden werden.**

Es wundert also niemand, dass die Menschen diese Rechte auch wirklich einfordern, denn das Aufstellen gegen die gültige Gesetzgebung beugt das Recht. Rechtsbeugung gefährdet die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Whistleblower enthüllten bereits viele kriminelle Aktivitäten und Rechtsbeugungen der Regierung, der Justiz und der Bediensteten in den öffentlichen Verwaltungen. Der sogenannte Sachsensumpf ist nicht etwa eine Gruppe in Konkurrenz zur Landesregierung, sondern ein Geflecht mit der Landesregierung, wo selbst die größte denkbare Seilschaft wie die große Kindergartengruppe aussieht.

Korruptionsgeflechte wie der Sachsensumpf oder die Loge P2 (sprich Pi Due) sind ganz andere Größenordnungen organisierter krimineller Aktivitäten und diese Aktivitäten entstehen nicht durch Versuchungen oder zufällig, sondern werden heutzutage von Thinktanks, also Denkfabriken industriell erdacht und generalstabsmäßig geplant, ausgebildet, gesteuert und mit Hilfe von inoffiziell gesammeltem Belastungsmaterial gegen Entscheider, verbunden mit Einschüchterungen bis hin zu Morddrohungen und ausgeführten Bandenmorden alles zusammengehalten. Nennen wir dieses Geflecht einfach mal ein Staat im Staat, obwohl weder das eine, noch das andere ein Staat im völkerrechtlichen Sinne ist.

Der wissenschaftliche Entwurf krimineller Methoden hat also einen neuen Markt in einem rein formalen Rechtsstaat entdeckt und darin eine Unterdrückungsindustrie hervorgebracht, die der Regierung hechelnd anbietet gegen fürstliche Bezahlung das Volk gefügig und rechtlos zu machen und dabei noch gut dazustehen. Der Lissabonvertrag und der ESM ist durch solche Thinktanks entstanden und die Politiker haben garnicht verstanden was sie da wirklich beschlossen haben und haben alle warnenden Schreiben der Bürgerrechtler ignoriert, die im Vorfeld an die Abgeordneten gerichtet waren. Die Abgeordneten sind also durch ihre Rechtsignoranz am Volk schuldig geworden.

Ein effektiver Rechtsstaat würde bei flächendeckendem Unrecht sofort den Ausnahmezustand ausrufen und dagegen mit Polizei, Staatsanwaltschaft und Militär vorgehen, aber ein formaler Rechtsstaat, der nur dem Namen nach existiert, der nimmt illegale Angebote der Thinktanks gern an und erdenkt sich dafür auch neue

Maulkorbgesetze und Steuern. Die Zufallskorruption ist also längst durch systematisches wissenschaftliches Schenken und alternativlose Regierungsstrategie ersetzt worden, deren Interessenvertretung nicht vom Volk gewählt ist, wie es Horst Seehofer im Fernsehen in der Sendung „Pelzig unterhält sich“ klar und deutlich sagte: „Diejenigen, die entscheiden sind nicht gewählt und die gewählt sind, haben nichts zu entscheiden“.

Man kann sich bei Youtube den Beitrag wieder und wieder ansehen und über das „nichts“ lange nachdenken und laut schimpfen, aber es ändert sich trotzdem erst etwas wenn es persönliche Proteste gibt. Ob nun jemand persönlich betroffen ist oder nicht spielt bei Grundrechten keine Rolle, denn wer nicht persönlich protestiert, weil ja nur ein anderer Rechtsbeugung erlitt und keinen angemessenen Schadenersatz erhielt, der unterstützt diese Willkür einfach so durch Passivität und Wohlstandsheuchelei.

Jeden Montag stehen in allen Großstädten seit Monaten hunderte Menschen zu den Montagsdemos. Dort sagen Betroffene wie Unrecht an ihnen begangen wurde und die Menschen, die dort versammelt sind nehmen Anteil daran. Auf dem heimischen Sofa zu schimpfen und den externen Ärger auch noch in die Familie hineinzutragen nützt ja nichts und schadet eher, aber es nützt etwas wenigstens einmal im Monat selbst und mit der Familie zur Montagsdemo hingehen.

Jeder kommt dort zu Wort und selbst dann wenn man zwar gern wirksamen persönlichen Protest loswerden würde, aber einfach die über lange Zeit implizierte Angst noch nicht überwunden wurde und man nicht den Mut hat etwas zu sagen, reicht es doch wenn es langsam mehr und mehr Menschen werden, denn dann erhalten zumindest die Forderungen und unzensurierten Tatsachenberichte von denen, die durch Selbstüberwindung den Mut hatten mehr Gewicht und dann bewegt sich etwas damit der eigene Fall auch einmal rechtsstaatlich behandelt wird und man angemessene Wiedergutmachung erhält.

Man bedenke auch wenn es nicht mehr und mehr Menschen werden, die gegen das Unrecht aufstehen, wird eben die Korruption durch Zulauf aus Angst mehr und mehr werden, die Pressefreiheit noch mehr eingeschränkt werden und dann muss man leider irgendwann sagen. Ihr habt es doch selbst so gewollt, nämlich durch eure jahrelange Wohlstandsheuchelei und Passivität gegenüber dem Unrecht was andere traf. Warum habt ihr denn immer geschwiegen als Scheinbeamte Zwangsräumungen, Enteignungen und Zwangsschließungen ohne rechtsgültiges Urteil bei euren Nachbarn, Freunden und Bekannten unter Verletzung des Richtervorbehalts durchgezogen haben.

Eines Tages werdet ihr auch noch geräumt, denn die aggressivsten Kreise dieser kriminellen Organisationsnetzwerke haben von den Regierungen der Welt verlangt die Bevölkerung auf 500 Millionen Menschen zu dezimieren und diesen Willen von einflussreichen Kriminellen sogar noch in einem Denkmal in Georgia, mit den Georgia Guidestones zum Ausdruck gebracht und das Denkmal steht bis heute dort. Das ist mit dem Rechtsstaat und dem Grundgesetz nicht zu erklären.

Wer immer das war, wer immer es schützte und wer immer dahintersteckt, ist in diesem Artikel nicht von Belang, aber die Wahrscheinlichkeit, dass es einen selbst trifft ist genau das Verhältnis von Wohlstandsheuchlern zu Aktivisten multipliziert mit dem Verhältnis der Weltbevölkerung zu den 500 Millionen Überlebenden, die die Kriminellen der internationalen Völkergemeinschaft angeblich zugestehen. Warum räumt kein Bulldozer dieses Denkmal einfach weg und ermittelt gegen diese Kriminellen. Darüber sollte man mal nachdenken.

Die Kriegshetze im Fernsehen kann unter diesem Vorzeichen kein Zufall sein. Wenn diese kriminelle Organisationsnetzwerke ihre Ziele durch Krieg, Unrecht, Betrug und Einschüchterung erreichen sollten, dann erträgt das kommende, viel schlimmere Unrecht auch mit Schweigen, weil die Bürgerrechtsbewegungen kümmern sich zuerst um die aktiven Betroffenen, die sich auch im Vorfeld schon aktiv gewehrt hatten, auch wenn andere betroffen waren.

Das Internet und die sozialen Netzwerke bewirken zwar, dass Skandalberichte immer öfter und immer schneller an die Öffentlichkeit dringen und bis zur Smartphone-App weitergereicht werden. Die Menschen erfahren zwar nicht alles und werden mit Desinformationen regelrecht gemästet, aber durch Wegfiltern der Desinformation bleiben genug Ansätze, das Gesamtproblem zu verstehen. Vielleicht gibt es wirklich zuviel belanglose Informationen als Ablenkung, vielleicht ist auch das Gemisch aus Wahrheit und Desinformation so gewollt, vielleicht nehmen die Menschen diese Informationen wegen der Ablenkung nicht wirklich auf, vielleicht verstehen die Menschen aber trotz Desinformation die weiterreichende Bedeutung für ihr Leben.

Was passiert, wenn es einem plötzlich selbst betrifft, aber vielleicht ist es dann bereits zu spät? Fragen über Fragen. Alles kann dieser Beitrag nicht beantworten, aber der Frage wo die Ursachen liegen und wie sich das bereits in Stein gehauene Denkmal des Bedrohungspotentials im täglichen Leben aktuell praktisch auswirkt wird dieser Beitrag beantworten. Wenn es vermehrt zu Übergriffen, Protokollfälschungen, Wahlmanipulationen,

Verfassungsbrüchen und Rechtsbeugungen kommt, dann sind das die ersten Anzeichen einer Staatskrise, die einer Finanzkrise unweigerlich folgt, da die Regierung mit Geld genau so wenig umgehen kann wie ein Hund, der eine Wurst bewachen soll.

Wenn die Regierung wie das Gesetz vorsieht Rechenschaft ablegen soll, warum sie sich nicht an das Gesetz hält und was mit den Steuergeldern wirklich geschehen ist und sich allein nur durch Fragen bereits in die Enge getrieben fühlt und blind um sich schlägt, obwohl man als Normalbürger doch denkt es sei immer alles in Ordnung, denn die Zeitung schreibt es doch und mein sweet home betrifft es doch garnicht, dann ist irgendwas wirklich im Argen und dann gibt es für die einen ein brutales Erwachen in der Wirklichkeit und für die anderen erheblichen Erklärungsbedarf. Was gibt es also für einen Grund, dass sich die Regierung und deren Verwaltung nicht an das Grundgesetz hält?

Was ist denn am Grundgesetz so schlecht, dass man sich nicht an das Grundgesetz halten will und lieber die in Georgia bereits geplante totale EU-Diktatur vorzieht, denn das schreibt die Mainstreampresse jeden Tag, dass das der Volkswille zu sein hat. Überlassen wir jetzt aber mal diesen Sachstand den Arbeitsgruppen der Bürgerrechtsbewegungen als Aufhänger für deren Stammtische und wenn wenden uns jetzt mal der noch wichtigeren Frage zu warum stellen sich Gerichte, Polizei und Verwaltungen gegen die geltende Gesetzgebung auf.

Erstens die Staatshaftung wurde durch die Bundesbereinigungsgesetze gelöscht. Zweitens, die Löschung bewirkte eine Haftungsverschärfung für die Handelnden bei Rechtsverletzungen. Man dividiert also auf perfide Weise die vor Ort Handelnden und die vorgesetzten Verantwortlichen als Schreibtischtäter auseinander. Der Handelnde wird durch sein Tun vor Gott und denn Menschen ob er will oder nicht der Schuldige, der aber, der den Handelnden zu dem illegalen Tun angestiftet hat, wird erst haftbar wenn der Nachweis gelingt, dass dieser die Anweisung wirklich gegeben hat.

Hier macht man sich zu Nutze, dass nur für Beamte das Remonstrationsrecht gesetzlich garantiert ist, weil es im Beamtengesetz so geschrieben steht. Im Firmenrecht wo wir von Angestellten oder Bediensteten sprechen gibt es zwar schützende arbeitsrechtliche Rechtsprechung, die den Handelnden teilweise aus der Haftung zieht, aber bestreitet der Vorgesetzte die Anweisung so gegeben zu haben, dann hängt der Angestellte voll in der Haftung, wenn er auf Ratschläge eines juristischen Beistands nicht hört und es selbst in den Gesetzen nachliest. Er kann aus dem Fall durch einen Befangenheitsantrag raus, den er gegen sich selbst stellen kann oder wenn die Gegenseite diese Not erkennt und ihn mit Befangenheitsantrag aus dem Fall entlassen will.

Genau in dem Moment hat der Handelnde das Recht die Handlung, die er vornehmen soll sich vom Vorgesetzten schriftlich bestätigen zu lassen. Andererseits verliert jemand nach mehreren erfolglosen Remonstrationsversuchen seine Anstellung in dem ihm trotz rechtsstaatlichem Vorgehen Querulanz unterstellt wird. Genau dann fehlt es an gewerkschaftlicher Unterstützung und da nützt die regelmäßige Beitragszahlung für eine Gewerkschaft allein nicht viel, wenn die Gewerkschaft auch wieder nur eine Schiebeakte produziert. Deswegen sind es perfide Methoden, die von Anfang an Umstände schaffen, die regelmäßig zu solchen Konfrontationen führen.

Man nimmt also nur die Mitarbeiter der Vollstreckung in die Haftung, aber die wirklich Verantwortlichen, die die Handelnden zum illegalen Handeln aufgefordert haben können sich hinter Schutzbehauptungen verstecken. Teilweise ist es so, dass ein Bediensteter einen anderen noch ahnungsloseren oder rechtsignoranten Bediensteten in Pfanne haut und den juristisch „heißen“ Auftrag an Umstehende weiterreicht, die keinen Auftrag dafür haben, wie die Polizei, die nur zum Schutz beauftragt ist oder mit einer Dienstleistung beauftragte Firmen, wie Schlüsseldienste oder Abriss- und Entsorgungsunternehmen, die auf guten Glauben hin handelten und erst nach Belehrung durch den Betroffenen aber auch voll in die Haftung eintreten.

Auf diese Weise wurden bereits ohne gültige Gerichtsbeschlüsse Häuser abgerissen und so auf illegale Weise Tatsachen geschaffen. Dort wo die Gewalten walten, kann sich der Rechtsstaat nicht entfalten. Problematisch dabei ist, dass die Privatinsolvenz nicht mehr wirklich verjähren kann und auch nicht mehr vollständig greift weil wegen fehlenden Alternativen im aufgezwungenen Schiedsverfahren bereits in den gesetzlichen Richtervorbehalt eingegriffen wurde und die Haftungsbegrenzung und die Privatinsolvenz nur noch durch Rechtsprechung der Schiedsgerichte, also im privatrechtlichen Umfeld am Leben erhalten wird, aber nicht mehr vollständig durch das zugrundeliegende Gesetz gedeckt sind.

Drittens wurde §15 des bundesdeutschen Gerichtsverfassungsgesetzes GVG gelöscht in dem mal stand Gerichte sind staatliche Gerichte und deshalb gibt es nur noch Rechtsprechung im Rahmen des Schiedsrechts wie in einem Verfassungsnotstand, was

nicht mit den gesetzlichen Richter nach dem Grundgesetz vereinbar ist. Das Problem gilt für die Rechtsprechung und Verwaltung, die Menschen in die Privatinsolvenz treibt genau so, wie bei krimineller Insolvenzverschleppung, die gutgläubige Menschen finanziell ruiniert, aber diese Urteile sind alle nicht rechtswirksam vom gesetzlichen Richter unterschrieben worden. Das ist die Saat des Unrechts, die jetzt aufgeht und die Schuldknechtschaft vorbereitet.

Im Folgeteil wollen wir erklären wie das Verhängnis aus Angst Unrecht im Akkord zu begehen entsteht und wie die damit zusammenhängenden Abhängigkeitsbeziehungen in einer Schuldknechtschaft aussehen. Handelnde, Betroffene und Richter erleiden Kollateralschäden, nur eben zu unterschiedlichen Zeitpunkten, der eine sofort bei der Maßnahme, der andere beim Schadenersatz und beim Strafgerichtsverfahren, vor allem wenn Befangenheit ins Spiel kommt und der Vorgang nicht abgebrochen. Ob strukturbedingt an Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland nach Streichung §15 GVG der gesetzliche Richter tätig war ist fraglich. Die Alliierten sagten der Haftung wegen durch Streichung des §15 GVG Nein falls es zu keiner freiwilligen Gerichtsbarkeit kommt.

**Rechtlicher Hinweis:** Für den Artikel ist der Verfasser verantwortlich, dem auch das Urheberrecht obliegt. Redaktionelle Inhalte der DPFW können auf anderen Webseiten zitiert werden, wenn das Zitat maximal 5% des Gesamt-Textes ausmacht, als Zitat gekennzeichnet ist, der DPFW durch den verlinkten Artikel oder durch dessen Verwendung kein Schaden zugefügt wird, dieser Hinweis in allen Verwendungen ungekürzt vorhanden ist, das Zitat nicht Gegenstand eines Rechtsstreites ist oder wird, der Quellenlink und der Link zur Homepage der DPFW vorhanden ist. Der Linkbenutzer verpflichtet sich gleichzeitig unverzüglich den Link oder das Zitat zu entfernen oder durch die neue Version zu ersetzen, falls das von der DPFW, auch ohne Angabe von Gründen verlangt wird.